# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Text-Millimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs- u. Gebühr für Erscheinungstage u. Platz-Vorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 49 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 27. Februar 1934


## Siegreiche Durchbruchsschlacht.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Von F. Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

NSK. Am 1. Juni 1933 wurde der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit hat auf der ganzen Linie zu einem vollen Erfolg geführt.

Am 21. September 1933 wurde die Winterschlacht gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah durch das Zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Auch diese Winterschlacht führte auf der ganzen Linie zu vollem Erfolg. Dieser bestand darin, daß im Oktober und im November 1932 eine Zunahme der Arbeitslosenziffer um 252 423 zu verzeichnen war und im gleichen Zeitraum des Jahres 1933 eine Abnahme um 134 828. In früheren Jahren hatte die jahreszeitlich bedingte Zunahme der Arbeitslosenziffer bereits Anfang Oktober eingesetzt. Im Jahre 1933 war im Oktober und im November noch nicht eine Zunahme, sondern noch immer eine sehr beträchtliche Abnahme der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen.

Erst im Dezember stieg, bedingt durch den außergewöhnlich starken Frost, die Arbeitslosenziffer wieder an. Dieser Wiederanstieg bedeutete jedoch keineswegs einen Stillstand oder gar einen Rückschlag in der Entwicklung; denn die Zunahme betrug 343 000 gegenüber 418 000 im Dezember 1932. Der Unterschied von 75 000 stellte den Fortschritt der Winterschlacht im Dezember 1933 dar. Dieser war um so beachtlicher, als die Zahl der Arbeiter in den Außenberufen im Sommer und im Herbst 1933 um etwa eine Million größer war als im Sommer und Herbst 1932.

Anfang Dezember 1933 wurde durch das Reichsfinanzministerium die Durchbruchsschlacht im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit eröffnet. Das geschah insbesondere durch den Runderlaß, betreffend Flüssigmachung rückständiger Steuern, vom 28. November 1933, durch den Runderlaß, betreffend Steuerfreiheit für Weihnachtsgeschenke, vom 2. Dezember 1933, durch die Ausgabe von 50 Millionen Reichsmark in Bedarfsdeckungsscheinen an die Bezirksfürsorgeverbände zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für Hilfsbedürftige und durch den Einsatz erheblicher Summen aus dem Aufkommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Durch alle diese Maßnahmen wurden die Mittel, die Ende September für die Winterschlacht zur Verfügung gestellt worden waren, erheblich verstärkt. Diese Verstärkung war erfolgt, um dem jahreszeitlich bedingten Anschwellen der Arbeitslosenziffer in den Monaten Dezember und Januar mit aller Wucht entgegenzuwirken, und zu verhindern, daß die Arbeitslosenziffer im Durchschnitt des Winters 1933/34 vier Millionen wieder übersteigt.

Heute können wir mit Stolz darauf hinweisen, daß diese Durchbruchsschlacht zu dem erwünschten vollen Sieg geführt hat. Die Zunahme der Arbeitslosenziffer war im Dezember 1933 geringer als im Dezember 1932, und im Januar trat bereits wieder ein Rückgang der Arbeitslosenziffer, und zwar in der Riesengröße von 285 000 ein. Die Arbeitslosenziffer hatte Ende Dezember die Vier-Millionen-Grenze etwas überschritten. sie betrug 4 059 000. Sie war jedoch bis Ende Januar bereits wieder auf 3 774 000 gesunken.

Es steht außer Frage, daß sie nunmehr, nachdem bereits der Januar vorbei ist, vier Millionen nicht wieder übersteigen wird.

Im Januar 1933 hatte die Arbeitslosenziffer um 241 000 zugenommen, im Januar 1934 hat sie um 285 000 abgenommen. Die Verbesserung im Januar 1934 gegenüber Januar 1933 beträgt demnach 241 000 + 285 000 = 526 000.

Für den Monat Januar der letzten fünf Jahre ergibt sich das folgende Bild:

Januar 1930 Zunahme von 367 000,
Januar 1931 Zunahme von 503 000,
Januar 1932 Zunahme von 374 000,
Januar 1933 Zunahme von 241 000,
Januar 1934 Abnahme von 285 000.

In den gleichen Wintermonaten, in denen im Vorjahr eine Zunahme der Arbeitslosenziffer um 911 000 eingetreten war, hat im gegenwärtigen Winter die Arbeitslosenziffer um 75 000 abgenommen. Es steht zu erwarten, daß in Auswirkung aller Maßnahmen, die bereits seit dem Jahr 1933 laufen, und der Ergänzungsmaßnahmen des Jahre 1934 die Arbeitslosenziffer unentwegt weiter abnehmen und im Laufe des Jahres 1934 auf etwa 2 Millionen sinken wird.

**Lies Deine Heimatzeitung, das Wilsdruffer Tageblatt**

## Enge deutsch-polnische Zusammenarbeit

Eine deutsch-polnische Vereinbarung.

Amtlich wird mitgeteilt: „Im Zusammenhang mit der in Warschau ratifizierten deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar haben zwischen den zuständigen Berliner Stellen und dem zur Zeit in Berlin weilenden Pressechef des polnischen Außenministeriums, Herrn Przesmycki, und seinem Stellvertreter, Herrn Ruecker Besprechungen stattgefunden, um eine ständige Fühlung zwischen den beiderseitigen amtlichen Stellen einzuleiten. — Um die Auswirkungen der deutsch-polnischen Vereinbarung zu fördern, haben die Vertreter beider Teile ihren übereinstimmenden Willen dahin festgestellt,

**in allen Fragen der öffentlichen Meinungsbildung in den beiden Ländern in fortlaufender Zusammenarbeit darauf hinzuwirken, daß das gegenseitige Verständnis immer mehr geweckt und dadurch eine freundschaftliche Atmosphäre gewährleistet wird.**

Über die auf den einzelnen Gebieten der Presse, des Schrifttums und des Radio-, Kino- und Theaterwesens einzuleitenden Schritte ist dabei volles Einverständnis erzielt worden. — Die beiderseitigen Vertreter sind darin übereingekommen, die hergestellte Verbindung ständig zu unterhalten. In diesem Sinne wurde vereinbart, die nächste Begegnung in Warschau stattfinden zu lassen."

### Die Ratifikation des Paktes.

Warschau, 26. Februar. Anläßlich des Austausches der Ratifikationsurkunden der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar d. J. fand bei dem deutschen Gesandten in Warschau ein Essen statt. In seiner Begrüßungsrede unterstrich

der deutsche Gesandte

die Verdienste des Außenministers Beck um das Zustandekommen der Erklärung und bedauerte, daß seine Erkrankung ihn gehindert habe, zugegen zu sein. Er betonte, daß dieses Abkommen, das eine neue Phase in den deutsch-polnischen Beziehungen einleite, dem staatsmännischen Weitblick und der persönlichen Initiative der beiden Führer, des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Marschalls Pilsudski, entsprungen sei. Dieses Abkommen sei nicht nur von großer Bedeutung für die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, sondern auch für die Festigung des allgemeinen Friedens in Europa.

Ministerpräsident Jendrzejewicz dankte

dem deutschen Gesandten für die freundlichen Worte und hob hervor, auch die polnische Regierung und die polnische öffentliche Meinung seien überzeugt, daß das Inkrafttreten der deutsch-polnischen Erklärung eine der wichtigsten positiven Etappen in den deutsch-polnischen Beziehungen darstelle. Das deutsch-polnische Abkommen sei der Ausdruck des grundsätzlichen Fortschrittes in der Entwicklung des nachbarlichen Verhältnisses beider Staaten. Gleichzeitig sei es ein Werkzeug zur Sicherung und Festigung der internationalen Beziehungen.

### Berliner Pressestimmen.

Berlin, 27. Februar. Die zwischen Deutschland und Polen verabredete Zusammenarbeit in den Fragen öffentlicher Meinungsbildung wird von der Berliner Presse als etwas gänzlich Neues auf dem Gebiete der Zusammenarbeit zweier Völker auf das Wärmste begrüßt. So schreibt der Völkische Beobachter u. a.: Denjenigen Kreisen Europas, die bis in die letzten Tage hinein bemüht gewesen sind, den Wert des deutsch-polnischen Abkommens vom 26. Januar mit der Frage, ob seine Entstehung nicht doch letzten Endes taktischen Erwägungen entsprungen sei, herabzusetzen, wird diese Mitteilung über eine Zusammenarbeit auch in den Fragen öffentlicher Meinungsbildung ein Beweis für die Ernsthaftigkeit der deutsch-polnischen Bemühungen sein. Erst durch den Willen, die durch das Abkommen eingeleitete Verständigung zwischen den beiden Staaten durch die Mittel der Presse, des Rundfunks, des Films und des Theaters auch dem Verständnis der breiten Massen der beiden Völker nahezubringen, erhält der großzügige Versuch der politischen Führer seine feste Verankerung. Die Deutsche Zeitung hebt hervor: Das nationalsozialistische Deutschland und die polnische Regierung zeigen mit der neuen Erklärung, daß sie den Willen haben, die Völker selbst einander näherzubringen. Der polnische Mensch soll den deutschen Menschen wieder verstehen lernen und umgekehrt. — Im Tag heißt es u. a.: Es wird natürlich einer gewissen Anlaufzeit bedürfen, ehe die Maßnahmen in Polen und in Deutschland vollständig durchgeführt sind. Es besteht aber auf beiden Seiten der ernste Wille, alles, was zur Vereinigung der politischen Atmosphäre zwischen Warschau und Berlin auf dem Gebiete des Rundfunks, des Films und des Schrifttums geschehen kann, so schnell wie möglich in Gang zu bringen. — Die Berliner Börsenzeitung erklärt, daß man diese für das Kulturleben der beiden benachbarten Staaten hoch bedeutsamen Vereinbarungen nur warm begrüßen könne. — Im Berliner Tageblatt schließlich heißt es u. a.: Die politischen Abmachungen des großen deutsch-polnischen Abkommens werden auf das Wirksamste durch eine umfassende Aktion auf dem Gebiete ergänzt, von dem in der Welt sehr viel gesprochen wird, das aber hier zum ersten Mal verwirklicht werden soll: die „moralische Abrüstung".

## Kommt die Monarchie in Oesterreich?

### Starhemberg wollte Erzherzog Otto entführen.

Die Vorarbeiten für die neue Verfassung Österreichs sollen, wie aus Wien gemeldet wird, bereits in zehn bis vierzehn Tagen abgeschlossen werden. Die Verfassung soll unmittelbar darauf veröffentlicht werden und in Kraft treten. Obwohl man das Inkrafttreten der neuen Verfassung auf der bisherigen Verfassung aufbauen will, ist man noch keineswegs darüber klar, auf welchem Wege dies erreicht werden kann, da die Einberufung des Parlaments, das allein für die Änderung der Verfassung zuständig ist, unbedingt vermieden werden soll.

Bei dieser bevorstehenden Verfassungsänderung erheben natürlich allerhand Gruppen und Grüppchen ihre Stimmen, um ihre Wünsche zu Gehör zu bringen. Die originellste Verlautbarung auf diesem Gebiet dürfte eine

**Monarchistenkundgebung der „Kaisertreuen Volkspartei"**

in Wien darstellen. Der Obmann dieser „Partei", ein Oberst Wolf, meinte, wenn der Kaiser 1918 Österreich nicht hätte verlassen müssen, wäre dem Lande die Revolte der Bolschewisten erspart geblieben. Er kündigte an, daß in der neuen Verfassung die Habsburger-Gesetze nicht enthalten seien und auch der Adel wieder eingeführt würde. Die Habsburger könnten dann wieder im Lande Aufenthalt nehmen.

Die ganze Tendenz dieser monarchistischen Kundgebung, die offenbar im engsten Einvernehmen mit der Regierung erfolgte, hat Oberst Wolf mit dem Satz gekennzeichnet:

**Den Nationalsozialisten werde erst das Genick gebrochen sein, wenn die kaiserliche Familie wieder zurückkomme.** In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird erklärt, die Kaisertreue Volkspartei stehe restlos und unbedingt hinter der Regierung.

Eine große Rolle bei den Bestrebungen um eine Wiederkehr der Habsburger scheint der Heimwehrführer Fürst Starhemberg zu spielen. Ungarische Blätter bringen sogar die sensationelle Meldung, er habe

**eine Entführung des Erzherzogs Otto**

aus seinem belgischen Exil geplant, um ihn im Flugzeug nach Österreich zu bringen. Nur durch die Aufmerksamkeit der belgischen Regierung sei dieser Schritt verhindert worden. Wenn auch der Heimwehrführer jetzt diese Meldungen dementieren läßt, so können sie doch nicht ganz aus der Luft gegriffen sein.

In den Randstaaten haben denn auch die Pläne Starhembergs größte Bestürzung und stärkste Nervosität hervorgerufen.

**Man spricht dort offen von einem monarchistischen Putsch, den man in Wien vorbereite, und fordert das Eingreifen des Völkerbundes zur Vereinigung der österreichischen Frage.**

### Rücktritt Miklas' bevorstehend.

Infolge der legitimistischen Strömungen.

**Die seit längerer Zeit bereits umlaufenden Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des österreichischen Bundespräsidenten Miklas, der aus grundsätzlichen Erwägungen bereits mehrfach seinen Rücktritt angeboten haben soll, haben sich jetzt wieder dahin verdichtet, daß Miklas bereits in der allernächsten Zeit seinen Posten aufgeben werde.**

In unterrichteten Kreisen weist man hierzu darauf hin, daß die in den letzten Tagen wieder stärker hervortretenden

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF